



München, 08.12.2015

SPD kämpft für Erhalt von Reptilienauffangstation

Tierschutzexperte Woerlein: Staatsregierung muss finanzielle Zusagen einhalten - Neubau in Neufahrn unerlässlich

Der Hilferuf der Reptilienauffangstation München, die kurz vor der Insolvenz steht, stößt bei der Landtags-SPD auf offene Ohren: „Diese Einrichtung ist bayernweit einmalig und muss erhalten werden. Der Staat muss hier seine finanziellen Verpflichtungen wahrnehmen und den Fortbestand sichern“, fordert der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Herbert Woerlein**. Die von einem gemeinnützigen Verein getragene Auffangstation, die zur Zeit noch in Räumen der Ludwig-Maximilians-Universität beherbergt ist, hatte sich auf Zusagen des Umweltministeriums für einen Neubau verlassen. Aufgrund befürchteter Mehrkosten will man dort nun nichts mehr davon wissen. Der Auffangstation droht damit das Aus.

Rund 1200 Reptilien und exotische Tiere aus Deutschland und dem benachbarten Ausland finden jährlich ein neues Zuhause in der Reptilienauffangstation. Darunter sind Fundtiere, von ihren Besitzern abgegebene Tiere, aber auch von Zoll oder Polizei beschlagnahmte Exoten, die von Tierheimen nicht aufgenommen werden dürfen. „Es gibt keine andere Möglichkeit, diese Tiere zu betreuen und zu versorgen, als in der Reptilienauffangstation. Dass die Staatsregierung mit Verweis auf finanzielle Bedenken von Absprachen abrückt und somit dem Tierwohl zuwiderhandelt, ist ungeheuerlich“, empört sich die Tierschutzsprecherin **Susann Biedefeld**. Unterstützung erfahren sie und Woerlein von der örtlichen Abgeordneten **Isabell Zacharias**, die sich seit Jahren für die Belange der Auffangstation einsetzt.

Die Pläne des „Auffangstation für Reptilien München e.V.“ sehen einen Neubau in Neufahrn bei Freising vor, um die laufend steigende Zahl an Tieren bewältigen zu können. Nach Verhandlungen mit dem Umweltministerium wurde ein entsprechendes Gelände erworben, das ohne die finanzielle Unterstützung des Staates aber nicht bebaut werden kann. Aufgrund der finanziellen Belastungen durch den Grundstückskauf, droht dem Verein nun der Bankrott.